

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Montag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Dezemberhälfte 230.— M., Einzelverkaufspr. 20.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gespaltene Beitzelle oder deren Raum 42.— Mark, auswärtige 46.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 M., für Reklamen 185.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 286. Donnerstag, 7. Dezember 1922. 29. Jahrgang.

Ein neuer Reparationsplan der Reichsregierung.

Berlin, 7. Dezember.
Die Reichsregierung hat eine engere Kommission von Regierungsmittgliedern gebildet, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Cuno einen neuen Reparationsplan vorbereitet. Vor allem wird beabsichtigt, sofort eine internationale Anleihe aufzunehmen, von der ein Teil Frankreich zugute kommen soll, während man den anderen Teil zur Stabilisierung der Mark verwenden will.

Das neue deutsche Angebot.

Berlin, 7. Dezember.
Die Verhandlungen unter den Alliierten über das Reparationsproblem treten jetzt in das Stadium ihrer Entscheidung, die Deutschland am stärksten berührt. Man ist darüber unterrichtet, daß die Regierung Cuno die Ferienpause des Reichstages dazu benutzt hat, um einen Plan auszuarbeiten, der darauf hinausläuft, mit den Alliierten zu einem umfassenden Arrangement über die gesamten Reparationsverpflichtungen Deutschlands zu gelangen. In diesen Beratungen ist bisher in der Hauptsache lediglich das engere Kabinett beteiligt gewesen. Späterhin ist das Kabinett mit hervorragenden Vertretern der deutschen Wirtschaft in Verhandlungen eingetreten, um die Industrie für eine Mitwirkung an diesem neuen Reparationsplan zu gewinnen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, so daß die Einzelheiten des Planes noch nicht feststehen. Aber der Hauptgedanke war und ist einerseits auf dem Wege der Verhandlungen mit den Alliierten zu einer Begrenzung und Neudefinition der Reparationsverpflichtungen Deutschlands zu gelangen, in einer Höhe, die der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt wäre, andererseits durch eine große finanzielle Transaktion Zahlungen an die alliierten Gläubiger, vor allem an Frankreich in erheblichem Umfang binnen kurzer Frist zu erwirken. Es war die Rede von einer Auslandsanleihe in Höhe von 20 Milliarden Goldmark, die zum Teil zu Leistungen auf das Reparationskonto, zum Teil zur Stabilisierung und Stützung der Mark verwendet werden soll. Der Zinsendienst für diese Anleihe soll von der Industrie übernommen und garantiert werden. Da über die Form der Vorschläge der Reichsregierung an die Alliierten die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, können zuverlässige Mitteilungen noch nicht gemacht werden. Gewiß ist nur, daß die Regierung nicht passiv abwarten will, was in London und in Brüssel über Deutschland beschlossen werden wird, sondern daß sie aktiv durch die Unterbreitung eines wohlüberlegten und gut fundierten Anerbietens eine Verständigung mit den Alliierten über den gesamten Komplex der Reparationsfragen erstreben will. Unentschieden scheint noch zu sein, ob der neue deutsche Vorschlag der Reichsregierung den Alliierten noch vor London oder erst vor der Brüsseler Konferenz übermittelt werden wird. Es ist möglich, daß Reichsfinanzminister Dr. Hermès darüber schon heute im Hauptauschuss des Reichstages Mitteilungen machen wird. Ausführlichere Erklärungen wird vielleicht der Reichskanzler in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses machen, die für Sonnabend anberaumt worden ist.

Die Regierung Cuno-Beder beabsichtigt nämlich, in Erkenntnis der drohenden Gefahr der Ruhrbesetzung neue Vorschläge an die Reparationskommission zu richten, die über die Note vom 13. November hinausgehen sollen. Sie hat zu diesem Zweck einen Arbeitsausschuss eingesetzt, der aus den Ministern Rosenbergs, Hermes, Beder-Hessen und Albert besteht und der sich in letzter Zeit mehrfach unter dem Vorsitz des Reichskanzlers mit der Ausarbeitung der neuen Vorschläge beschäftigt hat. Reichsfinanzminister Hermès soll der Vater des neuen Planes sein, der bei den übrigen Kabinettsmitgliedern guten Anklang gefunden hat. Seine Absicht läuft darauf hinaus, die deutschen Wirtschaftskreise an einer einseitigen Regelung des Reparationsproblems zu beteiligen. Diese Regelung soll schließlich nicht nur zu einer Festsetzung der Entschuldigungssumme führen, sondern auch für Frankreich und Deutschland unmittelbar Mittel flüssig machen. Vor allem wird beabsichtigt, sofort eine internationale Anleihe aufzunehmen, die sowohl für Reparationszwecke und zur Stabilisierung der Mark Verwendung finden soll. Als Garantie glaubt man die Zolleinnahmen flüssig machen zu können.
Im Interesse des deutschen Volkes können wir nur wünschen, daß die Pläne der ehemaligen Verächter der Erfüllungspolitik Hand und Fuß haben. Die Industrie hat jetzt durch den Eintritt der Volkspartei in die Regierung die dauernd von dem Kabinett Wirth verlangten und auch gegebenen Garantien in besonderer Form erhalten. Mag sie jetzt erklären, wie sie sich die Lösung des Reparationsproblems vorstellt und den positiven Beweis erbringen, daß es ihr mit einer sachlichen Mitarbeit überhaupt ernst ist. Vorläufig wagen wir daran noch zu zweifeln.

Die Träger des Staates.

Die Arbeiter zahlen, das Kapital wartet.
Die Uebersicht über die Reichseinnahmen an Steuern Zöllen und Abgaben liegt nunmehr für die ersten sieben Monate des Rechnungsjahres 1921/22 vor. Sie gewährt einen interessanten Einblick in die Verteilung der steuerlichen Lasten auf Besitz und Verbrauch, auf Kapital und Arbeit. Ist genug haben wir darauf hingewiesen, daß auch die sogenannten Besitzsteuern in Zeiten der Geldentwertung von den Sachbesitzern nicht getragen, sondern durch höhere Preise auf die breite Masse abgewälzt werden. Aber selbst die Höhe dieser rein nominalen Besitzsteuern ist im Verhältnis zum Gesamtaufkommen an Steuern, Zöllen und Abgaben erschreckend gering. Von 183,2 Milliarden Reichseinnahmen sind, wenn man die unmittelbar auf dem Verbrauch lastenden Steuern sowie die Lohnsteuer und die Exportabgaben abzieht, noch nicht 20 Milliarden, also knapp ein Neuntel vom Kapitalbesitz und Kapitalverkehr erhoben worden.

Nicht viel anders steht es mit der Erfassung der Valuta gewinne. Die Ausfuhrabgaben erbrachten in sieben Monaten des laufenden Jahres 16,8 Milliarden Mark, infolge der Valutaentwicklung ganz bedeutend mehr als im Vorjahr, wo noch nicht 0,6 Milliarden in der gleichen Zeit eingegangen sind. Aber der Betrag ist lächerlich gering im Verhältnis zum gesamten Steueraufkommen. Noch nicht ein Zehntel der gesamten Steuereingänge wird von den Valutagewinnen beim Warenexport bestritten.

Die Kapfeiler des Steuersystems sind nach den letzten Finanzreformen immer noch die Einkommen, die Umsatz- und die Kohlensteuer. Aus diesen drei Steuerquellen allein flossen in den ersten sieben Monaten d. J. 119,6 Milliarden Mark, also etwa zwei Drittel der gesamten Steuereingänge. Nun setzt sich die Einkommensteuer aus zwei durch- und verschiedener Bestandteilen zusammen: der Lohnsteuer und der durch Veranlagung ermittelten Einkommensteuer. Erstere wird in der vollen Höhe entrichtet, da ihre Zahlung nicht hinausgeschoben werden kann. Wer am 1. Oktober oder an irgend einem Wochentermin 1000 M. Lohnsteuer zahlt, entrichtet damit die tatsächliche Kaufkraft, die an diesem Tage die bezeichnete Geldsumme hat. Wer hingegen erst ein Jahr später diesen Betrag zu entrichten braucht, zahlt in entwertetem Geld, entrichtet also bedeutend weniger Kaufkraft, als der Steuertarif erlassen wollte und sollte. So sind alle diejenigen, deren Einkommen aus Sachbesitz oder aus dem Warenhandel entsteht, in der glücklichen Lage, ihre Steuern nur mit einem Bruchteil derjenigen Kaufkraft zu bezahlen, die der Arbeiter und Angestellte mit seinem Lohnabzug entrichtet. Auch die Vorschußzahlungen, die jetzt für Steuern erhoben werden, haben diesen Mischstand nicht beseitigen können. Werden doch die Vorschußleistungen erhoben auf Grund der Veranlagung vom letzten Steuerjahr, wo fast durchweg die Einkommen bedeutend niedriger gewesen sind als jetzt, so daß tatsächlich nur ein winziger Bruchteil der Steuerpflicht durch die Vorschußleistung eingehit. Der weitaus überwiegende Teil wird wieder in schlechterem Gelde bezahlt. Man kann also im großen und ganzen annehmen, daß der Ertrag der Einkommensteuer fast ausschließlich das Einkommen aus Arbeit erfährt.
Vergleicht man die Eingänge an diesen drei Steuern mit dem Vorjahr und stellt man zugleich die Einnahmen, die nur im Oktober dieses und vorigen Jahres hereingekommen sind, gegenüber, so erhält man ein klares Bild, wie sehr sich diese wichtigen, auf Arbeit und Verbrauch lastenden Steuern der Geldentwertung angepaßt haben. Folgende Uebersicht zeigt das deutlich:

	Einkommen-	Umsatz-	Kohlensteuer,
	Milliarden	Milliarden	Mark
April-Oktober 1921	9,1	5,4	2,8
1922	69,2	33,8	16,6
Oktober 1921	1,8	0,7	0,5
1922	21,9	7,3	3,0

Innerhalb der ersten sieben Monate also ergibt sich eine Steigerung auf das Sechsbisachtfache, für die beiden Monate Oktober ist die Erhöhung der Einkommen- und der Umsatzsteuererträge sogar noch bedeutend größer, nämlich auf das Zwölfbiszehnfache! Ähnlich sind auch die Einnahmen aus den Zöllen in die Höhe gegangen. Diese sind infolge des mit der Geldentwertung in die Höhe gegangenen Aufgelbes folgendermaßen gestiegen: in sieben Monaten 1921 mit 2,7 auf 13,6 Milliarden, in diesem Jahre also rund das Fünffache, von Oktober 1921 mit 0,7 auf 4,3 Milliarden, im Oktober dieses Jahres also das Sechsfache. Ähnliche, wenn auch teilweise nicht so starke Erhöhungen brachten die Abgaben auf Bier, Tabak und die Abgaben des Reichsbranntweinmonopols. Eine Zusammenfassung der Erträge sämtlicher Verbrauchssteuern, dazu der Umsatzsteuer, der Zölle und der Einnahmen aus den Eisenbahnverkehrssteuern ergibt die stattliche Summe von 146,5 Milliarden für die ersten sieben Monate d. J. Das ist der Anteil der Arbeit und des Verbrauches an den Steuereinnahmen des Reiches. Er beträgt mehr als drei Viertel.

Ihm gegenüber steht eine Steuerleistung von Besitz und Kapitalverkehr in Höhe von rund 20 Milliarden Papiermark, die für die besitzenden Steuerzahler tatsächlich

Frankreichs Absichten.

Amerika warnt.
W. Rom, 6. Dezember.
Die Zeitung „Mondo“ glaubt die Vorschläge, die Poincaré in London machen wird, wie folgt umschreiben zu können: Frankreich muß endgültig Zahlungen erhalten. An erster Stelle steht daher eine erste Auslandsanleihe Deutschlands, die von der deutschen Industrie garantiert werden soll und bis 80 Milliarden Goldmark betragen könnte. Von diesem Erträgnis soll Frankreich 30 Milliarden Papierfranken erhalten. Den Rest darf Deutschland für die Markstabilisierung und Befriedigung der ersten Ansprüche der (wahrscheinlich) amerikanischen Geldgeber verwenden. Zweitens: Frankreich sieht ein, daß Deutschland auch 1923 keine dauernden Barzahlungen leisten könne. Es sei daher nicht gegen ein Moratorium für 1923, fordert aber dafür neue Garantien. Das Blatt spricht ausdrücklich von Garantien, nicht von Pfändern und nennt als solche französische Garantieforderungen die Zolleinnahme, deren Erträgnisse zurückgestellt bleiben müßten. Drittens: Frankreich fordert die Durchführung einer strengen Kontrolle der deutschen Finanzen.

London, 6. Dezember.
Staatssekretär Hughes hat wie in politischen Kreisen verläuft, durch den englischen Botschafter in Amerika der englischen Regierung mitteilen lassen, daß Amerika zu der bevorstehenden Brüsseler Konferenz sich zurückhaltend stellen müsse, angesichts des peinlichen Eindruckes, den die bisher bekannt gewordenen französischen Pläne auf die amerikanische Regierung gemacht haben. Amerika würde England bei der Lösung der Reparationsfrage nur dann unterstützen können, wenn diese nach friedlichen und sachlichen Gesichtspunkten erfolge. In politischen Kreisen ist man, daß die Reihe des englischen Botschafters in Berlin, nach London in Zusammenhang mit der amerikanischen Mitteilung steht.

die für die Meerengen eintreten können und macht für die einzelnen Fälle besondere Unterscheid. Der Plan verlangt:

1. Die völlige Freiheit für Handelsschiffe im Frieden wie auch im Kriege, in dem die Türkei neutral bleibt.
2. Völlige Freiheit für die neutralen Handelsschiffe, wenn die Türkei Krieg führt.
3. Völlig freie Durchfahrt für Kriegsschiffe aller Nationen im Frieden, aber nicht mehr als zwei bis drei auf einmal.
4. Freie Durchfahrt für Kriegsschiffe im Kriege, wenn die Türkei neutral bleibt.
5. Völlige Freiheit der Durchfahrt für alle neutralen Kriegsschiffe, wenn die Türkei Krieg führt.

Jener will die Entente eine interalliierte Kommission zur Ueberwachung der Meerengen einsetzen, zu der Rußland, Frankreich, Italien, Japan, Jugoslawien, die Türkei, Bulgarien und Griechenland je einen Delegierten entsenden sollen. Die Türkei erhält in dieser Kommission zwei Stimmen und das permanente Präsidium. Die Frage, ob diese Kommission dem Völkerbund angegliedert wird, bleibt offen, ebenso der Umfang der Abrüstung der Meerengen.

Soweit der von Lord Curzon vorgelegte Plan. Der französische Delegierte Carron und der italienische Delegierte Carroni schlossen sich diesen Ausführungen vollständig an.

Amerikas Standpunkt.

W. Lausanne, 7. Dezember.
In der Meerengenkommission hielt gestern der amerikanische Botschafter Child eine Rede, in der er folgendes sagte:
Die Vereinigten Staaten kämpfen stets für die Freiheit aller Völker, ohne irgendwelche Vorrechte einer Nation. Für diesen Standpunkt kämpfen wir auch in Lausanne. Amerika muß mit allen Mächten des Schwarzen Meeres Handel treiben können und es ist wichtig, daß die völlige Handelsfreiheit aller Völker im Krieg keine Unterbrechung erfährt. Die Handelschiffahrt auf dem Schwarzen Meere darf nicht den Mächten allein überlassen werden. Es ist unhaltbar, daß manche Nationen durch ihre hervorragende Lage begünstigt werden; dies verstößt gegen die amerikanischen Interessen und steht auch im Widerspruch zu der gesamten historischen Entwicklung des Schwarzen Meeres. Keine Nation darf in dieser Frage eine unbeschränkte Macht haben.

Vorschlag der Alliierten in der Meerengenfrage.

Lausanne, 7. Dezember.
Der Plan der Alliierten über die Meerengenfrage, den Lord Curzon gestern vorlegte, sieht die verschiedensten Situationen vor,

Dollar 8200.

Schutz und Sühne.

Die beiden Mordbuben, die am Pfingstsonntag unsern Gemachten Scheidemann auf einem Spaziergange in Wilhelmshöhe morden trachteten, haben durch den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ihre verdiente Strafe gefunden. Die jeige Tat, die die „Deutsche Tageszeitung“ feinerzeit als „Mord mit der Klitterspritze“ zu bezeichnen magte, ist fürs erste gesühnt. Darüber hinaus hat der Prozeß selbst aber auch weitere Klarheit geschaffen über die systematische Mordhege, wie sie seit der Ermordung Erzbergers von fanatischen Gegnern der Republik unentwegt betrieben wird. Denn im Gegensatz zum Rathenau-Prozeß standen diesmal die beiden Täter selbst vor den Schranken des Gerichts. Was für jeden, der sehen will, vom ersten Augenblick anstand, fand nur eine Bestätigung. Auch bei den beiden jugendlichen Bürgern, die die Blausäure gegen Scheidemann spritzten, handelt es sich um zwei jener durch den Krieg und die Nachkriegszeit völlig entmenschten, unreiferen Javaner, die der Krieg nur die Gewalttat anbeten und berechnen lehrte. Von der Schulbank sind sie ins Feld gezogen zu einer Zeit, als die Sache Deutschlands schon nahezu verloren war. Die Rückkehr in ein heimliches Leben haben sie nicht mehr gefunden. Das Kriegshandwerk ist das einzige, das sie vielleicht beherrschen. Wo trieben sie sich zunächst in Freikorps und Geheimbünden im Baltikum oder Oberösterreich, kurz, wo es etwas zu morden und zu branden gab, herum, und als auch dieses Betätigungsfeld sich ihnen verschloß, fanden sie sich zusammen in jenen „nationalen“ Kreisen, die den rücksichtslosesten Kampf gegen die Republik auf ihre Fahnen geschrieben haben. Für jede politische Verhöhnung von rechtsradikaler Seite empfindlich, waren auch Deschläger und Suhrst, ebenso wie die Erzberger- und Rathenau-Mörder, willige Mitarbeiter jener Geheimorganisationen, über die auch der jeige Prozeß noch keine völlige Klarheit geschaffen hat, wenn auch der Staatsgerichtshof allem Anscheine nach jetzt endgültig den geistigen Leiter dieser Mordverbände, den ehemaligen Kapitänleutnant Ehrhardt, dinglich gemacht hat. Schulz und Tilleßen, die Erzberger im Schwarzwald niederkrafteten, waren führende Mitglieder der Organisationen Confal — und Confal ist Ehrhardt — Tilleßen und Kern, die Mörder Rathenaus, starben mit einem Hoch auf Ehrhardt, und die Blausäure-Mitglieder von Wilhelmshöhe empfinden sich ebenfalls als Mitarbeiter dieser Organisation, von der heute schon für jeden feststeht, daß sie in dem Mord der Ermordung der führenden Republikaner betreibt. Moralisch verkommenen Existenzen, denen man in diesen Kreisen die Tat zutraut, werden durch das Los bestimmt. Dann werden monatlich und wochenlang die Vorbereitungen getroffen, das Opfer umstellt, wie der Jäger das Wild hegt, bis schließlich die Tat gescheit. Die Mörder sind weit entfernt davon, für ihr Unternehmen einzutreten; in allererster Linie sind sie auf rasche Flucht bedacht. Diese wird ihnen durch die weitverbreiteten Geheimbünde erleichtert. Ueberall finden sie verwandte Seelen, die ihnen Unterkunft gewähren; an Gehaltsrückstellungen mangelt es nicht.

Kein Zweifel: Auch der jeige Prozeß hat wieder dargetan, von welcher großen Gefahren unsere junge deutsche Republik umlauert ist. Menschen ohne jegliches moralische Empfinden sehen alles daran, den Kampf gegen die Republik mit den rücksichtslosesten Mitteln zu führen. Der Schuß der Republik, zu dem sich das deutsche Parlament nach der furchtbaren Bluttat an Minister Rathenau geistesoberlich veranlaßt sah, ist heute dringender denn je. Völlig verfehlt wäre es, heute schon wieder an einen Abbau der Schußgesetzte zu gehen, wie es die Deutsche Volkspartei möchte oder wie es von München aus, dem geistigen Zentrum der Mordhege, betrieben wird. Der Staatsgerichtshof hat leider noch ein allzu großes Betätigungsfeld, und es wird noch geraume Zeit dauern, bis nur annähernd Klarheit darüber geschaffen ist, wo die letzten Drahtzieher und Geheißer dieses Verbrechens sitzen. Wer vorher von einem Abbau der Schußgesetzte redet, macht sich mit-

Landarbeiter vor ihren Wagen zu spannen. So wurde den Landarbeitern eines Gutes im ostpreussischen Kreise Westlau ein Rundschreiben zur Unterchrift vorgelegt, das den folgenden Wortlaut hat:

„Wir Unterzeichneten erheben Einspruch gegen die der Landwirtschaft auferlegte Getreideumlage. Wenn wir auch bereit sind, der nothleidenden Bevölkerung Opfer zu bringen, so können wir doch nicht zugeben, daß der Landwirtschaft durch die Getreideumlage ihre Betriebsmittel entzogen werden. Wir Landarbeiter sind durch die Getreideumlage direkt in Mitleidenhaft gezogen. Es gibt Güter, die ihr Deputat-Getreide schon ohne Umlage kaum aufbringen können. Dringende Bauten von Landarbeiterwohnungen können nicht ausgeführt werden. Wie soll die Landwirtschaft die notwendigen Lohnrückstellungen aufbringen? Auch wir voraussetzen, daß die Anschaffung von Knechtungen eingestellt wird und wieder wie früher mit großen Schäden gewirtschaftet werden muß. Die Folge ist die Verwahrlosung der Produktion und gleichfalls der Arbeitskräfte und dabei drohende Entlassung der Arbeiter. Wir leisten in der Landwirtschaft durchgänglich am Tage einige Stunden mehr arbeitsfähige Arbeitskräfte, und können nicht zugeben, daß der Landwirtschaft die Mittel für die Erhaltung anderer Erntens und Aufzucht unserer Verhältnisse durch dieses Ausnahmegesetz entzogen werden.“

Dieses Rundschreiben, das eine Sammlung abgeleiteter jungerlicher Schlagsprüche gegen die Getreideumlage darstellt, trägt Unvermeidlichkeit an der Stirn. Auf diesen plumpen Schwindel wird ebenbürtig ein aufklärerischer Landarbeiter hereinfallen, wie sich wenigstens irgend jemand von der Reih der Landwirtschaft überlegen läßt. Denn jedermann weiß, daß gerade die Landwirtschaft ihre Schwärze intact erhalten, ja sogar vermehrt haben und daß sie für ihre Produkte im freien Handel Preise nehmen, die in gar keinem Verhältnisse stehen zu dem Einkommen eines Arbeiters, Angehörigen oder Beamten. Welche Rückstellungen die Wucherpreise der Landwirtschaft auf die Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Vermögens selbst ausüben, dafür ist ein besprechendes Beispiel der folgende Brief:

„Wenn Sie resp. Ihr Einkommen 25000 Dollar, Zahlung von 100 Morgen Gutes in Malzen, an Casuarie mit a G. 10000, 30 Pferde, 16 Kühen, 2 Rindvieh, 50 Kühe, 10 Schafen, 70 Jungvieh, 120 Schweine, 150 Schafe — alles bei Verrechnung zu vergleichen) mit Ihnen in Verhandlung treten. Meine Knechtgebühren, 2 Prozent seitens Käufers, bei Abzug gleichviel ob Dollar oder Markwährung, muß mir zugesandt werden.“

Hierbei handelt es sich um ein ostpreussisches Gut bei Reidenburg, das einem Königsberger Gutsherrn gehört. Rechnet man die Summe von 25000 Dollar zum jetzigen Kurse in Mark um, so ergibt sich die runde Summe von 2 Milliarden Papiermark, was dann noch rund 40 Millionen an Knechtgebühren hinzukommen. Für den Morgen dieses Gutes, das in durchaus nicht herabgezogenem Gegeude liegt, wäre also weit über eine Million zu zahlen. Allein zur Vergütung des angelegten Kapitals hätte der Käufer bei einem Zinsfuß von 9 Prozent, wie er jetzt beträgt, im Jahre rund 150 Millionen Mark aus dem Gut herauszubringen. Da neben diesem Betrage auch noch die Kosten für die Unterhaltung des Gutes und für die Familie des Käufers herauszubringen wären, so müssen die Preise, um eine Rentabilität des Gutes zu erzielen, weiter ins Ungemeine hochgeschraubt werden. Wer aber also auch an diesen Stelle, daß die

Schuldig an weiteren Unglück für das deutsche Volk; denn die Anzeichen deuten darauf hin, daß ihre blindwütenden Gegner Handwert noch keineswegs eingeklinkt sind.

Die Urteilsbegründung.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Nach dem eigen Eingeständnis der Angeklagten und den Zeugenaussagen ist fest, daß beide Oberbürgermeister Scheidemann strafen wollen aus Rache für seine frühere Tätigkeit, nicht um seine weitere Tätigkeit zu verhindern. Beide hatten den festen Entschluß gefaßt, ihn zu töten, und an diesem Entschluß haben sie auch beide von Anfang bis zu Ende festgehalten. Beide wollten die Tat gemeinschaftlich begehen und sich in den Ruhm dieser Tat teilen. Der Entschluß ist zur Ausführung gelangt, allerdings nicht mit dem erstrebten Erfolg, sei es durch Zufall, sei es durch höhere Gewalt. In Rassel haben die Angeklagten wochenlang alle Vorbereitungen getroffen. Daß irgendein bestimmtes Moment sie von der Tat abgehalten hat, ist nicht anzunehmen. Vielmehr wählten sie in Rassel auf andere Waffen oder auf andere Umstände ihrer Führer und Anstifter. Möglicherweise erwarteten sie auch das Eintreffen von Geld oder auch die Ankunft weiterer Teilnehmer. Für die Beurteilung der Tat sind aber alle die Möglichkeiten ausschaltend, denn es steht fest, daß sie ihren Entschluß unter allen Umständen durchzuführen wollten. Das zur Erinnerung die Tat war zur Tötung des Opfers zweifellos geeignet. Vollständig ausschaltend ist zu entscheiden, ob der eine oder der andere Angeklagte vorübergehend in keinem Entschluß wankelmütig geworden ist. Am Tage der Tat selbst haben beide sich in dem festen Entschluß befunden, die Tat auszuführen. Die Aussage der Angeklagten, daß sie an diesem Tage den Gummihals verbrochen wollten, hat das Gericht als nicht glaubhaft erachtet. Zu dem Grade, ob der Angeklagte Suhrst die Tat mit Ueberlegung angefaßt habe, ist das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß Suhrst keineswegs im Affekt, sondern voll überlegt und unheimlich gehandelt habe. Auch Deschläger wird nicht dadurch entlastet, daß er sich im letzten Moment weigerte, die Tat auszuführen.

Anschließend sind beide Angeklagte des gemeinschaftlichen Mordversuches überführt. Beim Strafmaß waren zu berücksichtigen, daß die Angeklagten in der Verhandlung obwohl ihnen dazu die Gelegenheit weitgehend gegeben war, kein Wort von Einrede oder Reue geäußert haben, sondern daß sie in dem Trost verharrten, den sie aus ihrem Milieu mitgebracht haben, dessen Tödem darin besteht, alle rücksichtslos zu strafen und zu vernichten, die ihnen als Gegner erscheinen, ob mit Recht oder Unrecht man dahinstellt. Ob die Angeklagten von dritter Seite angegriffen worden sind, ist nicht mit Bestimmtheit zu wissen worden. Es ist aber höchstwahrscheinlich, daß sie im Kampf fremder Meinungen standen und von dritter Seite darin bestärkt wurden. Das beweist doch gerade das Verhalten der Angeklagten in der Unternehmung. Für das Urteil selbst war diese Frage nicht von Bedeutung. Zur Frage des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte ist das Gericht vom Standpunkt ausgegangen, daß bei politischen Delikten grundsätzlich nach Lage des einzelnen Falles eine Entziehung sein kann, selbst wenn sie aus politischen Motiven entzogen ist. Man kann sich nicht vorstellen, in dem die Motive nicht ehelich sind. In diesem Falle aber, wo aus der Sinterhaltung ein friedlich gekennzeichneter Bürger überfallen ist, wo ein Mensch in Gegenwart seiner Tochter und Enkelin überfallen wurde, handelt es sich unter allen Umständen um ein ehrliche Verbrechen, und es mußte deshalb auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Die Angeklagten nahmen das Urteil anheimend bestimmungslos entgegen. Die Urteilsbegründung soll sich unter der üblichen politischen Schutzmaßnahmen. Zu Kundgebungen oder Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

nichts anderes als Papiermark sind, während sie für den unterbezahlten Lohnarbeiter tatsächlich Einbuße an Kaufkraft vorstellen, die sie nicht später einmal durch die Geldentwertung ausgleichen können.

Eine wesentliche Folge der Geldentwertung ist es, daß die Erträge der meisten Steuern bereits nach den ersten sieben Monaten dieses Jahres schon bedeutend größer sind, als man im Voranschlag für das ganze Jahr an Einnahmen erwartet hatte. Das gilt auffallenderweise nicht für die Erbschaftsteuer. Obwohl doch auch erhebliche Sachwerte vererbt werden, deren Wert in Papiermark ganz enorm gestiegen ist, hat sich der Ertrag der Erbschaftsteuer gegen das Vorjahr bis jetzt noch nicht einmal verdoppelt. Ganze 529,6 Millionen wurden durch die Erbschaftsteuer angebracht.

Die gewaltige Schonung des Besitzes, eine Folge der Geldentwertung, nicht der Steuererträge selbst, geht auch aus folgender Gegenüberstellung hervor: Die Zwangsanleihe hätte mit den 70 Milliarden Papiermark, die man von ihr erwartet, mehr als zwei Drittel des im Haushalt vorgesehenen Steuerfolls angebracht. Würde der Betrag jetzt nicht erhöht, so wird sie noch nicht die Hälfte von dem aufbringen, was allein an Verbrauchssteuern und aus der Einkommensteuer einging. Uebrigens waren Ende Oktober dieses Jahres für die Zwangsanleihe erst 2,7 Milliarden Mark eingezahlt.

Die ungeheure Belastung des arbeitenden Volkes durch die Steuern, der eine ebensolche Schonung des Besitzes gegenübersteht, zwingt zu einer durchgreifenden Reform der Steuererhebung. Wir brauchen nicht neue Steuern, sondern wirksamere Steuern auf den Besitz. Hierzu gehört in erster Linie die Einführung einer Naturalsteuer für die Landwirtschaft nach den Vorschlägen des oldenburgischen Ministerpräsidenten Tanzen und auch im übrigen eine unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen des Sachbesitzes. Die Naturalsteuer für die Landwirtschaft wäre um so notwendiger, als man dadurch endlich einmal aufklären könnte, in welchem Maße schon jetzt die Leute, die mit Begeisterung eine Brotzuschußsteuer fordern, zur Deckung der Staatsausgaben und zum Ausgleich des Defizits beitragen. Die amtliche Steuerstatistik in ihrer jetzigen Form gibt darüber keinen Aufschluß. Wir glauben aber mit Recht annehmen zu müssen, daß sich da, wenn man die gegenwärtigen Steuern zugrunde legt, erschreckend niedrige Steuerleistungen der Großagrarien herausstellen würden.

Jedenfalls geht es so wie bisher, wo die Besitzern nur dem Namen nach existieren und auch dann nur einen mäßigen Bruchteil der Reichsausgaben decken, während die Arbeiterkraft und die Verbraucher ein Uebermaß an Steuern zu leisten haben, nicht mehr weiter. Die Arbeiter und Gehaltsempfänger tragen heute nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesundheitlich das Reich. Ihnen steht noch Aufgabe des Achtstundentages zugunsten, ist angesichts dieser Steuerlasten eine besondere Dreifachheit.

Reichstag.

Berlin, 6. Dezember.

277. Sitzung. — Nachmittags 3 Uhr.

Die sozialdemokratische Interpellation über die Steigerung der Lebensmittelpreise wird von der Regierung in der gestrigen Sitzung mit dem Bescheid beantwortet werden.

Es folgt dann die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Reichsarbeitsminister Dr. Strauss teilt mit, daß auf Grund des bestehenden Gesetzes von den 250 000 Schwerbeschädigten und 100 000 Schwererkrankten zurzeit nur 17 000 ohne Arbeit sind. Die Hälfte von ihnen dürfte dauernd arbeitsunfähig sein, während die andere Hälfte nur deshalb ohne Beschäftigung ist, weil die Schwerbeschädigten der Robustbeschäftigung und des Amputees zu groß sind, 20 000 Arbeitsplätze für Schwererkrankte und Unfallbeschädigte fehlen noch offen.

Abg. Gumbel (D.D.) fragt nach dem Verbleib der Rente zum Reichsversicherungsamt und beantragt, den vorliegenden Gesetzesentwurf dem Ausschuss für Kriegsbeschädigte zu überweisen.

Abg. Hoch (S.D.) beantragt die Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Reichsarbeitsminister Dr. Strauss teilt mit, daß die Rente zum Reichsversicherungsamt vorübergehend noch in diesem Monat dem Reichstag zugehen wird.

Der Gesetzesentwurf wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen und darauf die zweite Sitzung des 7. Ausschusses bei den Beratungen zum Haushalt des Reichsversicherungsamtes (Wahlverfahren) fortgesetzt.

Abg. Thomas (Komm.) bemerkt, daß das Kanalamt jetzt weniger Arbeiter als 1914 beschäftigt, daß nicht die notwendigen Instandhaltungsarbeiten unterbleiben und an unvollständigen Ort gearbeitet wird.

Die Forderungen für die Wassertrassen, das Kanalamt und den Reichsversicherungsamt werden kompromittiert, ebenso ohne Nachbesserung die Forderungen für das Gut und Kanaltrassen.

Bei der Beratung des Nachtrages zur die Verwaltung der deutschen Reichsbahn erkennt

Abg. Hoelllein (Komm.) an, daß die Eisenbahnverwaltung nicht hinter das allgemeine Vertrauen zurückzuführen ist. Die Urheber der Unvollständigkeit der Eisenbahn seien genau dieselben Kreise, die sich über das Defizit erheben und die Verschärfung der Reichsverschuldung propagieren. Sehr Gewagt führt im großen Umfang eine Verstaatlichung der Eisenbahn durch und würde die große Ausbreitung der internationalen Arbeit. Der Redner wendet sich in keiner Weise empfindlichen Rede gegen die Dienstverhältnisse und den Verlust der Eisenbahnverwaltung, den Abminderung zu befehlen. Die unter dem Namen „Schwarz“ ins Leben getretene Einzelbesitzer würde schließlich verschwinden, ebenso das unersättliche Erbschaftswesen bei der Reichsbahn.

Abg. Krieger (Dem.) wünscht eine Nichtabgabe der Leih- und Mietzinsen.

Darauf wird der Nachtragsetz unverständlich angenommen.

Der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Reichsverschuldungsgesetzes wird ebenfalls an den Ausschuss verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Kleine Beratungen. Nachtragsetz des Post- und Reichsverschuldungsgesetzes.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

Herr und Knecht.

Die Agrarier auf dem Landarbeitersfang.

SPD. Genauso wie in der Kriegszeit, so liegen die Agrarier auch heute unermüdet das Sieb vor der Nase der Landarbeiterschaft. Um ihre Klagen aus im entferntesten zu, so mühen sie sich lang alle Hungers gestorbenen sein infolge der Seidung durch Steuern, hohe Löhne und Getreideumlage. Diese hat es ihnen ganz besonders angehen. Um dem Kampf gegen sie noch mehr Erfolg zu verschaffen, versuchen sie jetzt ein altes Mittel: die

hohen Preise für Agrarprodukte den Preisen für den Grundbesitz ungeheuer in die Höhe treiben, wodurch wieder eine neue Steigerung der Preise herbeigeführt wird. Der Leidtragende dabei ist und bleibt die konsumierende Bevölkerung, den Vorteil genießt die Landwirtschaft.

Steuerreform.

Am Steuerausgleich des Reichstages kündigte Reichsfinanzminister Dr. Hermes am Mittwoch die durch die fortschreitende Geldentwertung notwendig gewordene Veränderung des Einkommensteuergesetzes und des Gesetzes über die Zwangsanleihe an. Die für die Zwangsanleihe geplanten Veränderungen haben wir bereits vor einiger Zeit mitgeteilt. Der Minister betonte, daß die Festlegung eines bestimmten Betrages bei der außerordentlichen fortgeschrittenen Geldentwertung unmöglich erscheine. Die Lösung dieser Frage müsse vielmehr in einer entsprechenden Bemessung der Bewertungsvorschriften gesucht werden. Beim Tarifproblem komme vor allem die Frage des Goldtarifes oder eines anderen in fester Werteinheit aufzustellenden Werttarifes in Frage. Eine zur Prüfung dieses Problems eingesetzte Kommission habe die Festlegung des Goldtarifes als unbrauchbar und volkswirtschaftlich schädlich abgelehnt. Es bleibe daher nur übrig, die Tarife von Fall zu Fall der Geldentwertung anzupassen. Die Anpassung der Einkommensteuer, der Vermögens- und Erbschaftsteuer an die Geldentwertung soll bald vorgenommen werden. Bei der Erbschaftsteuer werde für Wertpapiere eine ähnliche Bewertung einzutreten haben, wie bei der Zwangsanleihe. Die wichtigste Frage sei die Regelung des Zahlungsproblems. In weiten Kreisen werde es als unzureichend empfunden, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Steuer unmittelbar mit demselben Gelde bezahlen müssen, in dem sie entlohnt werden, während die übrigen Steuerpflichtigen ihrer Steuerpflicht mit schlechterem Gelde genügen können. Es sei daher beabsichtigt, daß jeder Steuerpflichtige gleichzeitig mit der Steuererklärung den Betrag einzuzahlen hat, den er nach seiner eigenen Steuererklärung an Einkommensteuer schuldet, soweit er nicht durch Vorauszahlung oder etwaigen Lohnabzug gedeckt ist. Nicht dieser Verpflichtung nicht nachzukommen, so ist für jeden Monat ein Zuschlag von 10 Prozent zu zahlen. Dieser Zuschlag soll auch bei verpägten Zahlungen der Körperschafts-, Vermögens- und Erbschaftsteuer erhoben werden. Der Minister schloß an diese Ausführungen die Bitte, die angeforderten Entwürfe schleunigst zu verabschieden.

Ehrhardt beschwert sich.

Beislagnahme seines Gesamtvermögens.

211. Berlin, den 5. Dezember 1922.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Leipzig gemeldet wird, hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die Beislagnahme des Kapitänleutnants Ehrhardt gegen den Haftbefehl zurückgewiesen. Weiter hat der Staatsgerichtshof beschloffen, Ehrhardts Gesamtvermögen zu beschlagnehmen. Wie verlautet, verfügt der Verhaftete über ein sehr beträchtliches Vermögen in Bayern.

Das Ende der Republik des Fernen Ostens.

Moskau, 6. Dezember.

Das Außenkommissariat hat die politischen Vertreter von Lettland, Litauen, Estland, Finnland, Schweden, Dänemark, Polen, China, der Mongolei, Persien, Afghanistan und in der Türkei angewiesen, den betreffenden Reierungen die Einverleibung der Republik des Fernen Ostens in Sowjetrußland zu notifizieren.

Ein seltsamer Protest.

SPD. Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat in seiner Sitzung vom 15. November einen Beschluss gefasst, in welchem die Beseitigung eines, die Genossenschaften steuerrechtlich empfinden wird. Die Möglichkeit zur Beseitigung dieses Unrechts bietet sich demnach bei der Erledigung des Landessteuergesetzes, und zwar gelegentlich der Beratung der Erhöhung des Umsatzsteuergesetzes von 2 auf 2 1/2 Proz. Man erhebt die Handelswelt sofort ihr Geschrei und jetzt, genau wie im März d. J. bei der Beratung der Umsatzsteuer, "die Presse" in Alarm. Die "Tageszeitung für Nahrungsmittel" leitet in ihrer Nr. 24 vom 30. November die Bearbeitung der Öffentlichkeit mit einem „Sein oder Nichtsein“ überschriebenem Artikel ein, in welchem nach den üblichen Beugungen der Wahrheit folgende schmeichelende Fanfare geblasen wird:

„Es muß also unter allen Umständen und mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, daß eine Befreiung der Konsumgenossenschaften unterbleibt.“

Der Verband der Handelschutz- und Rabattparvereine Deutschlands E. V., Hannover, hat daher seine Verbändevereine zur gemeinsamen Abhaltung von Protestversammlungen im ganzen Reich mit befreundeten Organisationen aufgerufen. Um diesen Kundgebungen einen einheitlichen geschlossenen Charakter zu geben und ihre Wirkung zu erhöhen, wird empfohlen, sie in der Woche vom 10. bis 17. Dezember d. J. zu veranstalten und die von den Versammlungen anzunehmenden Entschlüsse sofort an Reichsregierung und Reichstag abzugeben. Flugblätter zur Verteilung an sämtliche Ladensinhaber und Legie von Entschlüssen sind in entsprechender Anzahl von der genannten Verbandsleitung (Hannover, Prinzenstraße 11) zum Selbstkostenpreis zu beziehen.“

Wo eine Protestwoche will man vom 10. bis 17. Dezember veranstalten, damit die „riesengroße Gefahr“ für den Einzelhandel nicht eintrete. Um was handelt es sich denn nun eigentlich? Die Konsumgenossenschaften haben dem Reichswirtschaftsrat und dem Steuerausschuss des Reichstages zum Umsatzsteuergesetz folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: Im § 2 der Nr. 11 folgende Fassung zu geben:

Von der Umsatzsteuer sind befreit bei den Genossenschaften, die einem Konsumgenossenschaftsverbande angehören und die der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Absatz von Waren der Genossen, oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren für die Genossen oder der Herstellung von Häusern für die Genossen dienen, derjenige Teil des Umsatzes, der den für die Erzeugnisse und Waren der Genossen oder der eingekauften Waren, oder den für die Herstellung der Häuser gezahlten Entgelten entspricht.“

Das Gleiche gilt bei in ihrer Hauptbestimmung als Zentralen der Genossenschaften wirkenden Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften, deren Gesellschafter ausschließlich oder doch überwiegend die in Abs. 1 bezeichneten Genossenschaften sind.“

Unter Beachtung des durch Zetteln hervorgerufenen Teilrages dieses Antrages wird jeder Leser leicht feststellen können, daß die Genossenschaften nicht von der Umsatzsteuer schleichend befreit werden wollen, sondern sie wollen nur von dem Unrecht befreit werden, das ihnen die doppelte Besteuerung auferlegt. Man vergegenwärtige sich folgenden Geschäftsvorgang:

Der Konsumgenossenschaftler gibt, sagen wir 10.000 Mark Geschäftsanteil der Geschäftsleitung seines Konsumvereins. Dieser kauft für ihn und für die anderen Mitglieder Waren ein und bezahlt im Preis der Ware für den Umsatz vom Großhändler zur Genossenschaft die für diesen Umsatz zu erhebende Umsatzsteuer. Jeder Genossenschaftler weiß, daß die Ware mit dem Augenblick des Ankaufs durch die Geschäftsleitung schon Eigentum der Mitglieder ist. Denn für deren Geld (Geschäftsanteile) ist sie doch gekauft! Jede weitere Umsatzbesteuerung für die für die Mitglieder angekauften Waren müßte doch nun logischerweise aufhören, da der wirtschaftliche Umsatz in dem Augenblick beendet ist, in dem die Ware Eigentum der Genossenschaft und damit anteiliger Besitz der Mitglieder ist. Das Umsatzsteuergesetz verlangt aber die Steuer auch für die Verteilung der angekauften Waren an die Genossen. Darin liegt das Unrecht. Man überlege doch: Der Konsumgenossenschaftler zahlt einmal Umsatzsteuer beim gemeinsamen Einkauf durch seine Geschäftsleitung und muß ein zweites Mal Steuer leisten, wenn er seine Ware, sein Eigentum, in der Verteilungsstelle in Empfang nimmt. Muß man denn

zum hundertsten und so vielfachen Male wiederholen, daß der in der Verkaufsstelle gezahlte Preis nicht eine Bezahlung der erhaltenen Ware, sondern nur die Ergänzung des durch die erhaltene Warenmenge verminderten Geschäftsanteils ist?

Es geht um „Sein oder Nichtsein“ der Konsumvereine. Die Arbeiterparteien haben leider allein nicht die Mehrheit im Parlament, um aus eigener Kraft das Unrecht zu beseitigen. Die Arbeiter- und Genossenschaftsvertreter in der Zentrumspartei dürften, durch kein Kompromiß gebunden, für den Antrag stimmen, vielleicht auch einige Genossenschaftler in der Rechtsparteien. Von den Demokraten, den Vertretern des Handelskapitals, ist nicht zu erwarten, daß sie das Unrecht beseitigen helfen.

Die nächsten Tage werden Lärcheit schaffen. Der Protest der Händler hat einen Sinn. Er soll wie im Frühjahr die bürgerlichen Abgeordneten ins Borkharn jagen. Der Kampf geht um die Existenz der wirtschaftlichen Organisationen der Besitzlosen. Denn besser wie mancher von diesen hat der Handel erkannt, daß die Konsumgenossenschaften ein Stück Sozialismus sind. Leider erst ein kleines Stück.

Zur Beschäftigung der Schwerbeschädigten.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Milderung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 zugehen lassen. Der neue Gesetzentwurf ändert an dem grundlegenden Gedanken des Gesetzes nichts. Die Kündigungsbeschränkungen sollen endgültig geregelt, der im Gesetz enthaltene Gedanke weiter gebildet und die einzelnen Bestimmungen mit den neuen arbeitsrechtlichen Vorschriften in Einklang gebracht werden. Der Entwurf will das Erfordernis der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zu einer Kündigung gegenüber einem Schwerbeschädigten als dauernde Bestimmung in das Gesetz übernehmen. Das ist durchaus berechtigt und wünschenswert, denn die Bemühungen der Hauptfürsorgestelle, den Schwerbeschädigten dauernde Unterbringung zu verschaffen, würden vereitelt werden, wenn es dem Arbeitgeber jederzeit frei stünde, Kündigungen auszusprechen, ohne daß die Hauptfürsorgestelle ihre Notwendigkeit geprüft hat. Außerdem ist diese Vorschrift geeignet, zu verhindern, daß bei eintretender Arbeitslosigkeit die Schwerbeschädigten zuerst auf die Straße gesetzt werden. Ausnahmen von den Kündigungsbeschränkungen, wie sie aus volkswirtschaftlichen Gründen bereits durch die Verordnung vom 28. April 1921 vorgeesehen waren, sollen durch die Aufnahme in das Gesetz ebenfalls eine dauernde Einrichtung werden. Als Neuerung erscheinen die Bestimmungen über die Behandlung der Schwerbeschädigten bei Streiks und Aussperrungen. Der Arbeitgeber soll grundsätzlich verpflichtet werden, die an solchen Aktionen beteiligten Schwerbeschädigten wieder einzustellen; auf der andern Seite erhält er das Recht, bei wichtigen Gründen, über die das Arbeitsgericht zu entscheiden hat, die Wiedereinstellung abzulehnen. Weiter will der vorliegende Entwurf die Rechtsstellung der Schwerbeschädigten, bei denen die Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht auf Kriegsdienst oder Betriebsunfall beruht (angeborene Gebrechen oder Krüppelhaftigkeit, Krankheit oder Alter), verbessern. Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, daß z. B. die Friedensfinden in vollem Umfange als Schwerbeschädigte zu behandeln sind. Diesem Wunsche kommt der Gesetzentwurf entgegen. Sie sollen bei der Beschäftigung von Arbeitsstellen nach den Bestimmungen des Gesetzes so weit berücksichtigt werden, als die Unterbringung der eigentlichen Kriegsbeschädigten nicht gefährdet wird. Man hat den Hauptfürsorgestellen bezüglich der anderen Schwerbeschädigten nicht dieselben Verpflichtungen auferlegt, aber die Ermächtigung gegeben, sie den Schwerbeschädigten gleichzustellen, wenn sie ohne Hilfe des Gesetzes einen Arbeitsplatz nicht erlangen können.

Auch das Beschwerdeverfahren wird neu geregelt. Im Interesse einer schnellen und einheitlichen Durchführung des Gesetzes sieht der Entwurf einen besonderen Beschwerdeauschuss vor, der sich aus Personen zusammensetzt, die mit den jeweils vorliegenden Streitfragen durch ihre berufliche Tätigkeit besonders vertraut sind. Um einander widersprechende Entscheidungen der verschiedenen Schwerbeschädigten-Ausschüsse zu vermeiden, ist die Möglichkeit geschaffen, in grundsätzlichen Fragen während des schwebenden Verfahrens einen beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung zu bildenden Zentral-Schwerbeschädigten-Ausschuss anzurufen. Er entscheidet mit bindender Wirkung die bei den Hauptfürsorgestellen anhängigen Streitigkeiten. Die Verhängung von

Bußen, für die bisher die Schlichtungsausschüsse zuständig waren, ist den Arbeitsgerichten übertragen worden. Die Organe der Gewerbe- und Bergaufsicht, sowie der Arbeitsvermittlung sind stärker als bisher bei der Durchführung des Gesetzes beteiligt werden.

Gegen die Ernährungsnot.

Sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Die gewaltigen Preissteigerungen der letzten Wochen und die bedrohlichen Nachrichten über den Stand unserer Brotversorgung haben die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, folgende Interpellation einzubringen:

Die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Lebensmittel, die allein im Monat November wesentlich über hundert Prozent betrug, stellt die stärkste Bedrohung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung dar, schwächt ihre Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung und droht die Wirtschaftskatastrophe Deutschlands zu verschärfen.

Die durch diesen Zustand hervorgerufene Beunruhigung und Erregung der Bevölkerung wird gesteigert durch die bedrohlichen Nachrichten über den Stand der Brotversorgung. Nach amtlichen Mitteilungen ist die Ablieferung der Brotgetreidemenge äußerst gering. Während im vorigen Jahre bereits am 30. November rund 1.375.000 Tonnen abgeliefert wurden, so im diesem Jahre bis zum 30. November 610.000 Tonnen, also noch nicht die Hälfte. Da außerdem die Käufe von Auslandsgetreide infolge des niedrigen und sich ständig verschlechternden Marktstandes fast unmöglich sind, erscheint die öffentliche Brotversorgung, die Grundlage unserer Volksernährung, bis zum Ablauf des Erntejahres auf das stärkste gefährdet. Unter den sonstigen Preissteigerungen ist die unausgesetzte Steigerung der Milchpreise die höchste Gefahr, besonders für Kinder, Kranke und Greise. Die im Mai 1921 erfolgte Aufhebung der behördlichen Wirtschaft für Milch hat die Milchpreise in völlige Abhängigkeit vom Butterpreis gebracht und deren unausgesetzte Steigerung hervorgerufen. Verschärft wurde diese Entwicklung durch die sich gerade hierbei in stärkster Maße unsozial auswirkende Umjageteuere. Auch die jetzt erfolgte Erhöhung des Zuckers auf etwa 180 Mk. das Pfund im Kleinhandel ist eine unerträgliche Belastung.

Wir fragen deshalb:

1. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zur Sicherstellung der Volksernährung zu treffen und was gedenkt die Reichsregierung gegen die Zurückhaltung des Brotgetreides zu tun?

Welche Maßnahmen will die Reichsregierung gegen die ungeheure Preissteigerung bei Milch, Zucker und sonstigen Nahrungsmitteln veranlassen?

3. Ist die Reichsregierung bereit, die Umsatzsteuer, welche die Preise stark erhöht, bei solchen Lebensmitteln aufzuheben, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen?

Devisen-Kurse.

Berlin, 7. Dezember.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		6. Dezember.	5. Dezember.
Amsterdam	1 fl.	3341.62	3336.63
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	538.85	536.15
Kristiania	1 Kr.	1661.08	1556.10
Kopenhagen	1 Kr.	1720.68	1696.75
Stockholm	1 Kr.	2264.32	2254.36
Helsingfors	1 finn. Mk.	208.47	205.48
Rom	1 Lire	418.98	416.45
London	1 £	38154.78	37905.—
New York	1 Doll.	8391.46	8354.06
Paris	1 Frs.	581.04	573.56
Zürich	1 Frs.	1571.06	1561.08
Madrid	1 Pesetas	1286.77	1271.81
Wien	100 Kr.	11.77	11.72
Prag	1 Kr.	264.38	262.34
Budapest	100 Kr.	3.50	3.61

Bei Neigung zu Fettanfaß

Sollten Sie eine Zehrkur vornehmen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Toluba-Kerne zu kaufen, die wirksame, völlig unschädliche, fettgebende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie 3mal täglich 1-2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothete, Mengstraße 10.

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

(Nachdruck verboten.)

36. Fortsetzung.
Noch einen anderen Fehler ihres Vaters beschloß sie, sie las gern und viel. Leider bestand das ihr gebotene Lesematerial meist aus minderwertigen Schauerromanen, die ihrer aufgeregten Phantasie nur noch mehr Nahrung gaben. Wenn sie etwas besonders Fesselndes gelesen hatte, stellte sie Vergleiche an mit sich und Jan und den Personen des Romans.

„Nimmer aufs neue verfiel sie ins Grübeln. — Warum nur kam immer so gleichgültig ruhig und freundlich blieb, fragte sie sich. Er trauerte nicht um den Tod des Kindes; er nahm dies Ereignis hin als etwas, das kommen mußte. Er hatte das Kind nie geliebt. Er liebte auch seine Frau nicht.“

„Warum hatte er sie denn geheiratet? Weshalb hatte er nicht Annate Steffens geheiratet, das frische, blonde Mädchen, nach der er sich Sonntags in der Kirche die Augen ausguckte?“

„War er es dem Bruder schuldig gewesen, die verlassene Braut zu heiraten?“

„Fürchtete er, daß sie ihn anklagen würde?“

„Warum ging er seiner Frau aus dem Wege? Sie war doch keine Frau!“

„Ueber solche Fragen zerbrach sich Lina den Kopf. Im Anfang ihrer Ehe hatte sie um Jans Liebe geworben, wochenlang, monatlang. Sie hatte geworben mit jedem Blick, jedem Wort, jeder Handreichung, so wie ein treuer Hund, wie ein Sklave um die Gunst seines Herrn wirbt.“

„Jan hat die kleinen Zeichen nicht bemerkt und nicht beachtet. Er hatte getan, was er für seine Pflicht hielt; er hatte dem eigenen Glücke entragt, um ein unglückliches Weib zu retten. Seitdem ging er still und in sich gekleidet seiner Beschäftigung nach.“

„Erst spät dämmerte ihm das Gefühl, daß auch Lina der Liebe bedürfte. Er begann sich nach ihr umzusehen, aber da hatte sich die schone Seele des jungen Weibes schon wieder in sich zurückgezogen.“

„Nach dem Tode des Kindes sah sich Jan wirklich Mühe, mit Lina freundlich und sanft zu verkehren; sie empfand es wohl, aber es war nicht das, was sie ersehnte; es war keine Liebe.“

Frau Mandortjen ahnte auch tatsächlich nichts von dem Seelenzustande ihrer Tochter. Sie schalt sie wohl oft ihres sonderbaren Wesens wegen. Hinterher jedoch entschuldigte sie die Tochter. Sie hat zuviel durchgemacht. Sie hat böse Tage gesehen; das ist ihr auf den Kopf geschlagen.“

Im übrigen suchte die kluge Frau das Leben auf Spätlinghof nach ihren Wünschen und Neigungen umzugestalten.

Freiwillig, mit der Gefelligkeit haperte es: in der Marisch waren die Leute exklusiver als auf der Geest. Die Bauersfrauen hatten sich von vornherein von Tine zurückgezogen. Sie war ein ehemaliges Dienstmädchen, dazu von der Geest; das genügte, um den näheren Verkehr mit ihr auszuschließen.

Von den Nachbarn kam wohl hin und wieder mal einer zum Schnacken; die Männer nahmen es in Sachen des Standesunterschiedes nicht so genau. Alas Nissen von Vöfho kam fast alle Tage auf Spätlinghof; seine Tochter Biene aber rümpfte die Nase, wenn sie an der Trift vorbeikam.

Zuweilen lud Mandortjen die Kanorische, die Bäckerische und die Krügerische zu einer Tasse Kaffee und Badewert ein; Mandortjen war nicht wählerisch. Wenn mal einer aus dem Dorfe kam, ein Handwerker mit einer Rechnung oder ein Nachbar, der um einen guten Rat verlegen war oder sich etwas leisten wollte, dann wurde ein Glas Grog gemacht, die Karten kamen auf den Tisch, und eine Partie Schachschach verführte die Zeit.

Mit ihrer Milchkundschafft stand Mandortjen vorzüglich, das Geschäft blühte unter ihren Händen. Die Weiber kamen auch am liebsten zu ihr. Wenn Heiterische anhub: „Ach, Frau Klaffen, was Sie für 'ne feine Wuff haben! Ich sage zu Marthe, die ist noch größer als die Frau Luhsmann ihre!“ — dann war sie sicher, Mandortjen gab nach einem tüchtigen Guß über das Maß hinaus. Lehmbedecke besaß sie dann, hinzuzusetzen: „Solche feine Sachen als Frau Nachbarn hat so leicht keiner in Wihwort.“

Und Mandortjen lächelte gerührt und ließ das über den Topf gehaltene Maß ordentlich überlaufen.

Nach Tines Verheiratung war auch Schane Sönnen einmal auf Spätlinghof gewesen.

Mandortjen freute sich aufrichtig über den Besuch der alten Freundin. Sie nötigte Schane in die Wohnstube, lockte einen feinen Erntekaffee und stellte einen gehäupften Teller Kuchen auf den Tisch. Nach dem Kaffee zeigte sie Schane Küche und Keller. Sie führte die Alte in den Stall; sie öffnete Schränke und Schubfächer. „Ja, sie haben nicht übel Lust zu haben, die alte Frau die Bodentreppe hinaufzuschleppen. Dabei verscherte sie einmal über das andere, sie sei garnicht stolz geworden.“

„Es auch nicht vorwärts“, meinte Schane trocken.

Mandortjen konnte sich's nicht verjagen, ein bißchen wichtig zu tun.

„Ja“, fuhr sie fort, „ich kann solche stolze Leute nicht leiden, die sich Gott weiß was dünken und nachher keinen mehr angucken, wenn sie reich werden. Ich bin garnicht stolz und ich kann es mir doch ebenfogut leisten als die andern. Mein neues Kleid hat 3 Mark das Meter gekostet und ist in Hulim bei Fräulein Hansen gemacht. Mein Pelzwert ist echt Fells und die Uhr ist vom Uhrmacher Kemers, der kann bezugen, daß sie rein Gold ist. Aber darum bin ich doch nicht stolz. Ich kann solche Leute nicht ausstehen.“

„Und ich kann keine Leute ausstehen, die so drohen (prahlen) entgegen die Schane.“

Nachdem sich die beiden Leute in dieser verärgerten Weise ihre Meinungen gesagt hatten, schieden sie scheinbar im besten Einvernehmen. Zum Kartenlegen war Schane aber zu Tines Leidwesen an dem Tage nicht gekommen. Sie wiederholte ihren Besuch auch nicht, trotzdem Mandortjen sie öfters durch die Stutenstall einladen ließ.

„Lach die Mische wegheiben“, sagte sie endlich. „Wir brauchen ihr Behrjagen nicht mehr, wir haben es ja gut.“

Tine freilich dachte anders. Sie hätte sich gar zu gerne mal wieder aus den bunten Bildern ihr Schicksal herauslesen lassen. Schanes Worte: „Den du kriegst, den behältst du nicht.“ liegen ihr keine Ruhe.

Warum sollte sie Jan nicht behalten?

Was für fürchtbare Dinge würden noch geschehen? Sie konnte sich nicht ruhig ihres Lebens freuen, sie mußte oft an die Zukunft denken, die in unergründliches tiefes Dunkel gehüllt schien.

Jan ahnte nichts von dem Seelenzustande seines Weibes. Wohl fiel ihm manchmal ihr sonderbares Wesen auf, aber er war nicht klug genug, um es zu ergründen.

Einmal in jeder Woche ging Jan nach seiner Verheiratung wie früher ins Kantorhaus. Anfangs veranlaßte er Tine mehrmals, ihn zu begleiten. Braute kam der jungen Frau mit großer Herzlichkeit entgegen. Es wäre ihr eine Freude gewesen, wenn sie Tine hätte bilden und belehren können; aber alle ihre Bemühungen scheiterten an Tines Zurückhaltung.

Das Verhältnis zwischen Jan und Braute war wieder in die richtige Bahn der Freundschaft gelenkt. Sie hatten beide ihre Wünsche und Hoffnungen eingepaßt. Sie waren ruhige, leidenschaftslose Naturen; so konnten sie jetzt einander als treue Freunde zur Seite stehen.

Fortsetzung folgt.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 7. Dezember.

Die Ochsenfliegen.

General-Anzeiger-Politik ist wandelbar und furchtbar wie Kometschwärze. Knallfeuerwert und kleinste Gerngroßen, die sich über ihre eigenen Ränder freuen. Freude empfinden nebenbei die Verleger, denen die Späße den nötigen Jint einbringen. Gefährlicher wird diese Spielerei nur, wenn sich daran sogenannte Allerweltsterke dazwischenmengen und ins Feuerchen pfeifen. Diese richten wirkliches Unheil an und können trotzdem nicht verantwortlich gemacht werden — weil eben deren geistige Veranlagung nicht mit der Durchschnittsintelligenz in Vergleich gezogen werden kann.

Den besten Beweis dafür bietet unser heftiges Exemplar vorgenannter Gattung. Sozialistenfresserisch aus bürgerlicher Begrifflichkeit heraus, deutschvölkisch aus Prinzip, dummdreist im Benehmen stolpert die Colemanpresse in der Welt herum und haßt gegen jeden Vorübergehenden, der den Knie- und Gehirnzerrungen nicht zububelt. Das ist natürlich schwer, weil diese Zeitungsfabrik mit Akrobaten arbeitet, die heute Krummhügel, was sie gestern geradegestreckt haben und zuletzt doch noch behaupten, das Ganze bilde ein Dreieck. Wo sich völkische, völkisch-parteiliche und pseudo-demokratische Magare kreuzen, sind solche Vererbilder natürlich möglich. Wer ständig in Hohlspiegeln Schönheit und Wirkung der Worte bewundert, der muß ja schließlich an Verblüdung erkranken.

Nehmen wir nur den Kampf des General-Anzeigers gegen die sozialdemokratische Bürgerfraktion, seine Stellung zu den notwendigen Forderungen des Staates zur Erhaltung des Wirtschaftslebens — ein Grauen packt die Verblühten. Wir gehen gar nicht soweit, um von jenem Federfuchser zu fordern, er möge einmal bei dem Direktor des Hofoperwerkes ein Urteil über die Gaspriesterhöhung einziehen oder darüber, wie die Industrie über die Aufweckerhaltung des Betriebes und der technischen Einrichtungen denkt, nur möchten wir ihm empfehlen, sich bei seinem eigenen Verleger etwas Rat in geschäftlichen Dingen zu holen. Wenn heute aus den Gas- und Wasserwerken ein gewisser Ueberdruck entsteht, so sind wir überzeugt, daß dieser noch bei weitem nicht ausreicht, um notwendige Erneuerungen und Erweiterungen vorzunehmen. Es sind eben nicht alle Leute so gesittet wie Herr Coleman. Die ihre Fabriken bisweilen haß verheulen können. Diese sind allerdings auch danach. Oder ist der Colemanverlag betrübt, weil er sich selbst verreckt hat, sich zu Nachforderungen gezwungen sah und doch nichts kriegt?

Im übrigen ahnsucht sich der General-Anzeiger, vieljähriger Streiter für Fach- und Wiederaufbaumänner, mit keinem hinterhältigen und durchschichtigem Geschreibsel ja selbst. Wir haben wiederholt festgestellt, daß der General-Anzeiger die Defizitwirtschaft in Grund und Boden verdonnerte. Er kaufte die Eisenbahnzeitung dazu, um für völkischparteiliche Aufbaufeste Propaganda zu machen. Was haben diese Strategen denn z. B. in Lübeck vollbracht?

Da ist der neue Postminister aus derselben Fakultät doch ein anderer Kerl! Der General-Anzeiger brachte ihm am 1. Dezember einen Begrüßungsartikel, in dem besonders bewundert wird, daß Herr Stinckel die Tarifverhältnisse menschenlicher und menschlicher zu betreiben beabsichtigt. Diese „Groszkönigheit“ — natürlich verbunden mit der starken Faust — verleitete den General-Anzeiger zu folgendem Hymnus:

„Wenn mans so liest, so kann ein so umfangreiches Programm nur imponieren, und falls Herrn Stinckel auch nur die Durchführung der Hälfte seiner Pläne gelingt, so wird der ohne weiteres der große Reformator sein, den wir brauchen und das Vorbild werden für die Organisationsleiter der anderen Staatsbetriebe. Wir wollen es daher auch nach zunächst unterlassen, im einzelnen Zweifel zu äußern, sondern uns darauf beschränken, dem neuen Mann im Reichspostministerium unsere besten Wünsche für die Zukunft auszusprechen. Wir müßten in der Tat endlich dazu kommen, daß die Verkehrsbetriebe rentabel arbeiten und bisher haben sich die Verhältnisse regelmäßig als härter erwiesen und allen Verbesserungsversuchen gespottet.“

Der Nachsatz ist zwar etwas qualvoll, aber sonst stimmt doch Text und Melodie! Oder nicht? Wenn nein, die schlaue Lesefrau des General-Anzeigers merken es ja doch nicht. Ebenso wenig werden sie die Frage des Coleman'schen Intelligenzblattes vom Mittwoch ergründen, warum das Brgt so teuer ist. Die orza-

risch imprintede Aufrechnung schließt mit folgendem Knallbonbon:

„Die Reichsgetreidekasse, also eine amtliche oder halbamtliche Einrichtung, ist es, die weit über 300 v. H. auf ihren Einkaufspreis aufschlägt, um das Volk, neuerdings nur das „mindere bemittelte“, mit angeblich billigem Brot zu versorgen. Muß eine Reichsstelle einen solchen ungeheuerlichen Gewinn einstecken?“

Daß das Reich gezwungen ist, ungeheuer viel Auslandsgetreide zu kaufen, ist wohl auch dem General-Anzeiger bekannt. Auch dürfte er wissen, daß die Ablieferung des Umfagegetreides sehr spärlich vor sich geht und daß die bürgerlichen Parteien gegen die von den Sozialdemokraten geforderte Erhöhung des Ablieferungssolls stimmen. Damit war den Marxisten der Weg freigegeben, ihr Streiche zum und über den Weltmarktpreis zu verkaufen und dieses freie Getreide bestimmt den Brotpreis mit, der übrigens das vorige Mal auch nur durch die bürgerlichen Parteien erhöht wurde. Wie gesagt, sah sich die Reichsregierung zu den ungeheuren Getreideaufkäufen im Auslande veranlaßt, weil die Inlandsverlängerung dank des „Nationalbewußtseins“ der Landwirtschaft mit Glanz verjagt hat. Das Traurige dabei ist nur, daß die Kosten hierfür das arbeitende Volk zu tragen hat und zwar hauptsächlich deshalb, weil die bürgerlichen Profitjäger die Notzwangswirtschaft untergraben haben.

Der General-Anzeiger und seine dreigestirnten Parteigänger sind die Schuldigen. Diese Schuld einzugehen, kann man von einem Blatt nicht verlangen, das selbst von eigenen Freunden als Giftschleuder und Dreßpöcker bezeichnet wird und von denen selbst ein deklamatorischer Professor behauptete, daß die Berichte zum größten Teile geschwindelt seien. Aber die Welt will betrogen sein!

Deutsche Butter im Ausland.

Wie die Blätter berichteten, soll nach dem „Manchester Guardian“ auf dem englischen Buttermarkt die billigere deutsche Butter in erfolgreiche Konkurrenz mit englischen und dänischen Erzeugnissen getreten sein. Schleswig-Holstein, besonders Kiel, wurden als Viehweidungsgebiete für England bezeichnet. Und da nun Schleswig-Holstein Produktionsgebiet für den Hamburger Butterbedarf ist, wurde an die Vereinigten Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein, in deren Aufsichtsrat auch unser Parteigenosse, der schleswig-holsteinische Oberpräsident Kürbis sitzt, das Ersuchen gerichtet, für schnelle Klärung zu sorgen. In einer Zuschrift wird diese verlangte Klärung wie folgt gegeben:

„In Butter und Milch herrscht vollkommen freie Wirtschaft. Jede schleswig-holsteinische Meierei kann innerhalb des Deutschen Reiches ihre Butter absetzen, wohin sie will; provinzielle Ausfuhrverbote werden von der Reichsregierung nicht gebildet. Von Schleswig-Holstein, als dem größten Ueberflussegebiet in Butter, gehen naturgemäß erhebliche Mengen nach dem Industriegebiet, also nach dem beliebigen Gebiet. Für letzteres läßt der Verkauf der Butter Ausnahmegestimmungen nicht zu. Ist die Butter im besetzten Gebiet angekommen, so besteht die Möglichkeit, daß von dort ein Teil über die Grenze wandert; es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß das „Loch im Westen“ bisher nicht zu verstopfen war. Für die Kitz in der englischen Zeitung gibt es aber, wie uns von einem Fachmann mitgeteilt wird, noch eine andere Erklärung. In England wurden die Anforderungen für Butter schon vor dem Kriege klassifiziert in englische, holländische, dänische und Kieler, und zwar bezog sich die letztere Marke eine abfallende und billige Qualität. Dieser Gebrauch im englischen Butterhandel ist dadurch entstanden, daß die Einführung des Mastfetteiweizens im nördlichen Dänemark viel älteren Datums ist als im südlichen Dänemark und im schleswig-holsteinischen Gebiet. Die Folge davon war, daß die norddänischen Meiereien eine weit bessere Qualität als die südlichen, die man wegen ihrer nahen Lage zu Kiel kurzerhand als Kieler bezeichnete. Heute, wo die abgetretenen Kreise hadersehen, Apertur und Sonderburg ihre Ware über Esbjerg nach England liefern und in diesem Gebiet bekanntlich Meiereien sind, die qualitativ nicht erstklassig liefern, ist es leicht erklärlich, daß diese Butter in England, wie auch früher, als Kieler Butter notiert wird zum Unterschied gegen erstklassige dänische Ware und zu dem Zweck, den Ruf der erstklassigen dänischen Ware nicht zu untergraben durch Lieferungen einzelner Meiereien, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, prima Ware herzustellen. Es ist in der Milchwirtschaft eine allgemein bekannte Tatsache, daß in Dänemark die Meiereien betreffs Qualitätsherstellung sehr

kräftig organisiert sind und nur diejenigen Meiereien die sogenannte Lurmarke führen dürfen, die vom Verband dafür qualifiziert sind. Da diese Angelegenheit jetzt Allgemeininteresse haben dürfte, werden wir versuchen, in Dänemark und auch in Manchester Klärung über die Dinge zu erhalten und die uns gewordene Auskunft später zur Veröffentlichung bringen.

Bereinigte Schleswig-Holsteinische Meierei-Verbände Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Das Ergebnis der angeführten Untersuchung muß nun abgewartet werden, bevor weitere Schlussfolgerungen gezogen werden können. — In weiterer gestriger Nr. 3 „Deutsche Butter nach Amerika“ ist aus Versehen das Wortchen „nicht“ ausgelassen worden. Daraus wurden die Agrarier so dazugesetzt, wie sie tatsächlich nicht sind.

Bücher, Spiele und Wanderschmuck!

Ausstellung und Verkauf im Gewerkschaftshaus durch den Bezirksvorsitzenden der Arbeiterjugend und die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Geöffnet werktags von 5 bis 8 Uhr.

„Französische Kontrolle in der Ostsee.“ „Nationalkinder“ zufolge sind die französischen Kreuzer „L'Ancre“ und „La Marne“, die zum französischen Ostseegeschwader gehören, in Kopenhagen eingetroffen und werden, wie im letzten Winter, in der dänischen Hauptstadt feste Station nehmen, um zeitweise Übungsfahrten nach Danzig und in die Ostsee auszuführen. — Durch diese dauernde Stationierung von Kriegsschiffen in Kopenhagen hat Frankreich also — von Dänemark unterstützt — sein Amt als Polizist auch in der Ostsee aufgenommen!

ph. Grabhändler. In den letzten Tagen hat wieder ein Grabhändler sein Unwesen auf dem Allgemeinen Gottesacker vor dem Burtger trieben. Nicht allein, daß einige kupferne Blumenkästen gestohlen wurden, sondern es ist auch eine ca. 40 Zentimeter hohe bronzene Nischenurne mitsamt der Urne eines Verstorbenen gestohlen worden. Anzunehmen ist, daß der Grabhändler die Urne zerhackt und das Metall einem hiesigen Trödler zum Kaufe angeboten wird. Vor dem Ankauf dieses Metalls wird dringend gewarnt.

ph. Handtaschenräuber. In der Nähe der Holstenstraße entziff ein junger Mann einer Dame eine Handtasche und verschwand damit in den Anlagen. In der Tasche befanden sich 2500 M in bar, drei Meter Leinen, Handschuhe und zwei Taschentücher.

ph. Diebstähle. Einem Landwirt in Schönböden wurden etwa zwei Zentner Roggen und zwei Zentner Mengkörner vom Kornboden gestohlen, einem in der Koedstraße wohnhaften Schmiedemeister eine Wagensacke und in derselben Etage einem Kaufmann vier Hühner. — Aus einer Gartenhütte in der Jürgen-Wulkenweber-Straße wurden drei Spaten gestohlen. Vom Lagerplatz des Niesebergschiffes bei den Hoffentorfürmen ist ein großes schweres eisernes Schwungrad, etwa 20 lange eisene Geländestangen u. a. gestohlen worden. — Aus der Haustür eines Hauses in der Schlumacherstraße wurde ein Fenster herausgenommen und gestohlen. — Aus einem Hause der Deponen wurden mehrere Herren- und Damenkleidungsstücke, Herren- und Damenmäntel, Herren- und Damenschuhe, eine schwarze Leder Tasche, eine schwarze Brieftasche, ein Schloßschloß und 5000 M in bar und zwei Broikarten mittels Einbruches gestohlen. — Aus der Mühlentor- und Hirtentoranlage sind fünf geriffelte eiserne Platten, die zum Abdecken der Wasserrohre dienen, gestohlen worden. — Einem hiesigen Domänenpächter sind 17 Hühner und fünf Kanarienvögel gestohlen worden.

ph. Ein Schwindler, der sich Rudolf Schmidt nennt und Marienstraße 10 wohnt, gibt sich als Schirmmacher aus und fragt um Arbeit nach. In der Hanjastraße erhielt er einen Herrenschirm und Spazierstock zur Reparatur, mit denen er auf Zimmerwiedersehen verschwand.

ph. Vermißt. Seit dem 2. ds. Mts. wird der Schuhmacher Otto Lübbens aus seiner Wohnung Schwartzauer Allee 113b vermißt. Er trägt grauen Schlapphut, braunen Jacketanzug und braunen Leberzieher. Da zu vermuten steht, daß dem Vermißten ein Unfall zugefallen ist, werden Personen, die über den zeitigen Aufenthalt des Vermißten Auskunft geben können, ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Waterlandsiebe.

Von Ludwig Thoma.

Wir entnehmen diesen Aufsatz den bei Albert Langen in München erschienenen gesammelten Werken des Dichters. Zwischen der Zeit der Niederfahrt 1907 und der Gegenwart liegt — wenigstens symbolisch — eine eingeschätzte Welt. Ludwig Thoma nachfolgende Aufzeichnungen von der Waterlandsiebe wurden aber nicht Lügen gestraft. Die deutschen Arbeiter haben ihren Patriotismus von 1914 bis 1918 mit der Tat und zu Hunderttausenden mit blutigen Opfern bewiesen, zu ebenfalls Hunderttausenden mit dem Tode bezahlt. Sie müssen sich heute dafür beschämen lassen, von Deuten, die sie nie verstanden, nie verstanden, auf deren Anerkennung es schließlich aber auch geschäftlich nicht mehr ankommt. Immerhin schien es uns doch nützlich, den Thoma gesunder Tage und unerlöschender Beharrlichkeit gegen Verleumder der „waterlandsieben Gesellen“ durch aufdringliche Freunde von heute, zum Zeugen aufzurufen.

In der Schule wurde sie uns gezeigt, als Tugend des Besonnenen, der kämpfend fiel; als Eigenschaft römischer Feldherren und ihrer Gegner; als Merkmal des erträuglichen Siegers von Cannae.

Und jener Gymnasiallehrer mit dem blonden Bart stimmte ihnen daß um etwas tiefer, als er vom Cheruskerfürsten Hermann sprach.

Dem obersten Vertreter deutscher Waterlandsiebe. So wurde sie uns vorgeführt, als eine Sache, die zusammenhängt mit dem Getümmel der Schlachten, mit Fürsten und Heerführern.

Der Anabe hörte es willig und sog Bewunderung mit vollen Lügen ein.

Stolperte auch an der Hand des Lehrers über allerlei seltsame Widersprüche und konnte nicht sehen, wie oft allein die eigenen Landesverräter bei dieser Art von Waterlandsiebe ihr Lobeslied fanden.

Und mußte uns Tilly als waterländischer Held gelten, so haben sie vielleicht in Hessen die Namen jener Generale auswendig gelernt, die mit den verkauften Bayernbuben gegen Washington kämpften.

Seit 1870 pfeift der Wind aus einem andern Loch, und wenn die hochwürdige Schulinspektor nicht verbietet, darf die Glorie

des Hohenzollernhauses einen schwachen Schein auch über die Donau werfen.

Das Verzeichnis der großen Patrioten enthält jetzt bedeutend mehr Namen als vor fünfzig Jahren.

Aber auch ihre Taten sind Schlachten und wiederum Schlachten. Die Jugend erfährt nichts vom Helidentum der Arbeit, von ihrem Segen, ihrem Verdienst um das Vaterland.

Sie weiß nicht, daß jene am stärksten lieben, die für die Heimat arbeiten und darben.

„Ohne Waterlandsiege keine Waterlandsiebe.“ Darum lernt der halbwillige Junge, wann Theoderich den Odoaker, wann Heinrich den Otto schlagen.

Er kennt fremd klingende Namen von Städten in Frankreich, Italien, Spanien, weil vor ihren Mauern Blut geflossen ist. Aber er weiß nicht, wer den Boden urbar gemacht hat, auf dem kein waterländisches Haus steht. Niemand zeigt ihm uralte Ordnung in Feldern und Gärten, niemand den kunstfertigen Sinn der Väter, der selbst im beschabenen Feldkreuz erkennbar ist.

Der begabte Schüler steht ehrfurchtig vor dem Hauke, aus dessen Fenstern Gustav Adolf zu schauen geruht; die Schauer waterländischer Geschichte umwehen ihn beim Anblick der Schwedenkugel, die über dem Stadttore eingemauert ist.

Am Kreuzwege erhebt sich ein Denkstein. Hier hat ein Königsjohn Abschied genommen von seiner Frau Mama.

Oder dort fiel der letzte Sprosse eines alten Geschlechtes nach einer längeren Kauferei.

Die Geschichte unseres Vaterlandes. Aber redet sie nicht ehrwürdiger zu uns aus den weitergebräuteten Balken des Bauernhauses, an dem der Junge achselverüberstreift?

Sein hochgegebeltetes Dach schützt ein Geschlecht, das seit Urzeiten den Ader fürchte und uns den Boden fruchtbringend erschließt.

Während des unsere Herren über die Blausfelder Europas sprangten, Reiche zerstörten und Reiche gründeten, von denen nur noch der Name erhalten ist, fand hier deutsche Art ihre sichere Stätte. In den niederen Stufen erblickt sich die Sprache der Väter, erblickt sich lebendig so manches köstliche Besitztum unseres Volkes.

Auch dann, als fremde Mundart wie fremde Gesinnung in die Paläste der Fürsten einzog, die uns heute als Repräsentanten der Waterlandsiebe gelten wollen.

Was wäre die Heimat ohne die zähe Liebe der Armen?

Wir müssen heute Millionen von ihnen ausscheiden aus der Gemeinschaft der Deutschen.

Als waterlandslos und international.

Den großen Herren war es wohl verstatet, ihre selbstfüchtigen oder ehrgeizigen Ideen in das Ausland zu tragen und sie dort unter Preisgabe deutscher Wohlfahrt zu verfolgen; die Repräsentanten der Waterlandsiebe möchten die Fremden ins Land holen, um sich Vorteile zu erringen.

Sie werden trotzdem Gegenstände unserer angezimmerten Liebe bleiben.

Der Arbeiter ist waterlandslos, wenn er menschenfreundliche Gedanken über die Grenzen trägt.

Wohl rührt er unablässig die Hände für die Heimat, aber Taten beweisen nichts, wo Tyrannen herrschen.

Wir haben die Waterlandsiebe kenneklernen als ein Gefühl, das nur beim Schmettern der Trompeten mächtig wirkt.

Wie könnte sie vereinbar sein mit der Verbrüderung der Völker? Liebe zur Heimat und Liebe zur Menschheit sind unüberbrückbare Gegensätze.

So kann man verstehen, mit welchem Hohn Bebel und Vollmar überschüttet wurden, als sie sich in Stuttgart zum Waterland bekannten.

Haben wir Deutsche nicht seit Dezennien gelernt, die Waterlandsiebe als Monopol einzelner Parteien zu betrachten?

Prägen wir nicht fort und fort unserer Jugend ein, daß Waterlandsiebe begrifflich zusammenhängt mit blutigen Schlachten, mit Fürsten und Heerführern?

„Herze meint, das Vaterland sei nur das Vaterland der herrschenden Klassen und ginge also den Proletarier nichts an... Es ist noch eine große Frage, wem das Vaterland gehört. Das ganze Kulturleben entwickelt sich doch nur auf der Grundlage der Mutter Sprache, auf dem Boden der Nation.“ (Bebel.)

„Es ist nicht wahr, daß der Internationalismus Antinationalismus ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Waterland haben. Die Liebe zur Menschheit kann uns in keinem Augenblick daran hindern, gute Deutsche zu sein.“ (Vollmar.)

Ein höhnisches Lächeln um alle konservativen Mundwinkel. Aber daß ist die Wahrheit nicht kurzerhand abzuweisen, daß keine soziale oder politische Ueberzeugung die Waterlandsiebe ausschließt.

Wer das Bestehende ändern will, um Besseres zu erringen, sucht der Heimat zu nützen. Waterlandslos ist nur der Egoismus.

